

JURISTISCHE FAKULTÄT DER UNIVERSITÄT BASEL

SCHRIFTENREIHE
DES INSTITUTS FÜR INTERNATIONALES RECHT
UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Herausgegeben von F. Vischer, F.-E. Klein und L. Wildhaber

Heft 27

Grundstatut und Sonderanknüpfung
im IPR des liechtensteinischen
Gesellschaftsrechts

erläutert anhand ausländischer Kollisionsrechtslehre und -praxis

von

Dr. iur. Guido Meier



Helbing & Lichtenhahn
Basel und Stuttgart 1979

INHALTSVERZEICHNIS

Literaturverzeichnis	XIV
Abkürzungsverzeichnis	XXIII

Erster Teil

DAS IPR DES GESELLSCHAFTSRECHTS IM ALLGEMEINEN

I. Einleitung	I
A. Die Bedeutung des IPR des Gesellschaftsrechts in Liechtenstein	1
B. Definition und Aufgabe des Kollisionsrechts — Abgrenzung des Themas	5
C. Vorgehen bei der Themabehandlung	9
D. Terminologie	10
II. Das Grundstatut der Gesellschaft (Gesellschaftsstatut)	12
A. Definition und Umschreibung des Grundstatuts (Gesellschaftsstatuts)	12
B. Die wesentlichen Begriffe des Grundstatuts in ihrer materiellrechtlichen Bedeutung	14
1. Die Aufgliederung des Grundstatuts	14
2. „Existenz“ und Rechtsfähigkeit der Gesellschaft	15
a) Problematik ihrer Bestimmung im Kollisionsrecht	15
b) Die Rechtsfähigkeit einer Gesellschaft	16
c) Die Bindung der Rechtsfähigkeit an das Gesellschaftsstatut	18
3. Die Rechtsfähigkeit der Gesellschaft im materiellen Recht	19
4. Handlungsfähigkeit — Vertretungsmacht der Organe	20
a) Der Handlungsfähigkeitsbegriff bei den Verbandspersonen	20
b) Der „Umfang“ der Handlungsfähigkeit einer Gesellschaft	21
aa) Die Beschränkung der Handlungsfähigkeit durch die Rechtsfähigkeit der Gesellschaft	22
bb) Die spezifisch gesellschaftsrechtlichen Beschränkungen der Handlungsfähigkeit	22
c) Vergleich mit der „ultra vires“-Lehre und analoge Anwendung des Handlungsfähigkeitsbegriffs der Einzelpersonen auf Verbandspersonen	25
d) Ergebnis und Zusammenfassung	26
5. Die weiteren Beschränkungen der Vertretungsmacht der Gesellschaftsorgane	26
6. Innenverhältnisse und Außenverhältnisse des Gesellschaftsstatuts	27
a) Die Innenverhältnisse	27
b) Die Außenverhältnisse	28
c) Inhalt und Zweck der Einteilung in Innen- und Außenverhältnisse	29

d) Innen- und Außenverhältnisse in der kollisionsrechtlichen Anknüpfung: Einheitslehre und Differenzierungslehre	29
III. Die Anknüpfung der Gesellschaft	33
A. Das Anknüpfungproblem — Erfordernisse an die Anknüpfungsgründe	33
B. Die Anknüpfungstheorien (Überblick)	34
C. Die Inkorporationstheorie	36
D. Die Sitztheorie	38
1. Definition der Sitztheorie	38
2. Motivation der Sitztheorie	40
3. <i>Fraus legis</i> und fiktiver Sitz im internationalen Gesellschaftsrecht	43
4. Kritik aus dem Wesen der Sitztheorie	45
5. Die Problematik der Anwendung der Sitztheorie	48
E. Die „ <i>théorie du siège social</i> “	52
F. Die Weiterverweisung	53
G. Die Theorie der „ <i>effective connection</i> “	54
H. Anhang: Inkorporations- und Sitztheorie im Vergleich Die Frage der Parteiautonomie	56
1. Der Begriff der Parteiautonomie	56
2. Die „Parteiautonomie“ im Gesellschaftsvertrag	57
I. Die Inkorporationstheorie im internationalen Unternehmensrecht und im Recht der EG	60

Zweiter Teil

DIE BESTIMMUNG DES GRUNDSTATUTS IM IPR DES LIECHTENSTEINISCHEN GESELLSCHAFTSRECHTS

I. Das Grundstatut der Verbandspersonen	65
A. Umschreibung des Grundstatuts im liechtensteinischen internationalen Gesellschaftsrecht	65
B. Die Bestimmung des Grundstatuts durch den Sitz	66
1. Der Sitz als grundlegendes Anknüpfungsmoment	66
2. Die Vielzahl der Sitzbegriffe	66
a) Der Sitzbegriff im allgemeinen	67
b) Der Sitz der Gesellschaft im materiellen Recht und im IPR	67
c) Der Sitz „im internationalen Verhältnis“ — Legaldefinition des Sitzbegriffs	70
C. Die Rechtsnatur des Art. 233 Abs. 1 PGR — Die Qualifikation des Sitzbegriffs	71
1. Das Problem der Qualifikation im allgemeinen	71
2. Die Qualifikation nach Art. 233 Abs. 1 PGR	72
3. Die Verbindung der Qualifikation mit der Verweisung	73
a) Die Verweisung auf inländisches Recht (Art. 233 Abs. 1 PGR)	73
b) Die Verweisung auf ausländisches Recht (Art. 233 Abs. 4 PGR)	73
D. Der Inhalt der Qualifikation des Art. 233 Abs. 1 und 4 PGR	75
1. Überblick	75
2. Der Sitz als Mittelpunkt der Verwaltungstätigkeit	76
3. Der Sitz als Betriebsmittelpunkt	77

4. Der Sitz als Statutenbestimmung und Registereintrag	79
a) Bedeutung der Anknüpfung an den statutarischen Sitz und den Registereintrag	79
b) Die Funktion von statutarischem Sitz und Registereintrag bei der Anknüpfung an die Inkorporation	79
c) Die kumulative Anknüpfung an statutarischen Sitz und Regi- stereintrag nach Art. 233 Abs. 1 PGR	82
5. Die Bedeutung weiterer Momente für die Verweisung auf das lichtensteinische Recht	83
a) Nationalitäts- und Domizilerfordernisse — Art. 180a PGR	83
b) Das Institut des Repräsentanten	96
E. Überflüssigkeit des Sitzbegriffs als allgemeines Anknüpfungsmoment im internationalen Gesellschaftsrecht	37
F. Gegenseitiges Verhältnis der alternativen Anknüpfungsgründe zu- einander	89
1. Bedeutung der einzelnen Anknüpfungsgründe in ihrer Anwendung	89
2. Die Problematik der alternativen Anknüpfung an den Verwal- tungssitz	30
3. Versuche der Problemlösung — Vergleich mit ähnlichen ausländi- schen Rechtsnormen	91
a) Art. 4 Abs. 1 EWG-Übereinkommen	92
b) Art. 197 Code de Commerce Belge — Art. 2505 Codice Civile Italiano	94
c) Zusammenfassung und Ergebnis	95
G. Die Anknüpfung an Momente im Ausland und die Verweisung auf ausländisches Recht — Art. 233 Abs. 4 PGR	97
H. Das Problem der Imparität der Anknüpfungsgründe	98
1. Ursache der Imparität	98
2. Kritik der Imparität	100
II. Die Anwendung der Sitzbestimmungsnormen auf einzelne Formen der Verbandspersonen	101
A. Einleitung: Die Art. 233 und 235 PGR als „allgemeine“ Kollisions- normen	101
B. Die Qualifikation der Verweisungsbegriffe	102
C. Die Anknüpfung der Verbandspersonen	104
1. Der Verein	104
2. Aktiengesellschaft, GmbH, Genossenschaft	106
3. Die Anstalten und Stiftungen	107
4. Die Einmannverbandsperson	109
5. „Besondere Verbandspersonen gemäß ausländischem Recht“ und „Bewilligte Auslandsverbandspersonen“	110
III. Die Gesellschaften ohne Persönlichkeit (Personenrechtliche Gemein- schaften)	114
A. Die Anknüpfungsgegenstände (Verweisungsbegriffe) nach liechten- steinischem materiellem Recht	114
B. Die Bestimmung des Grundstatuts nach den Art. 676/677 PGR	115
1. Der Sitz als Anknüpfungsgrund	115
2. „Inländische“ und „ausländische“ Personengesellschaften	117
3. Die Imparität der Anknüpfungsgründe	118

C.	Die Verweisung der Personengesellschaften auf das liechtensteinische Recht — Art. 676 Abs. 1 PGR	118
1.	Überblick der Anknüpfungsgründe	118
2.	Die formelle Anknüpfung	119
a)	Die Priorität der formellen Anknüpfung	119
b)	Die Anknüpfung an den statutarischen Sitz	120
c)	Die Anknüpfung an den Registereintrag	120
3.	Die materielle Anknüpfung	121
a)	Die materielle Anknüpfung der Personengesellschaften im allgemeinen	121
b)	Die materiellen Anknüpfungsgründe im besonderen	123
4.	Die personale Anknüpfung	123
D.	Gegenseitiges Verhältnis der Anknüpfungsgründe	125
E.	Die Verweisung auf ausländisches Recht — Art. 677 Abs. 1 PGR	126
F.	Die Anwendung der Anknüpfungsnormen auf einzelne Formen der Personengesellschaften	128
1.	Die einfache Gesellschaft	128
2.	Die stille Gesellschaft	132
3.	Die Gelegenheitsgesellschaft	134
4.	Die Kollektiv- und Kommanditgesellschaft	134
5.	Die Gemeinderschaft	136
IV.	Die Bestimmung des Grundstatuts der ‚besonderen Vermögenswidmungen und einfachen Rechtsgemeinschaft‘	137
A.	Überblick über die Rechtsformen	137
B.	Heimstätten und Fideikommiss — Einfache Rechtsgemeinschaft	137
C.	Die Einzelunternehmung mit beschränkter Haftung	138
D.	Die Treuhänderschaft (Trust)	140
1.	Vorbemerkungen	140
2.	Sonderprobleme der kollisionsrechtlichen Behandlung der Treuhänderschaft — Qualifikation und Transposition	141
3.	Der Begriff der Treuhänderschaft	144
a)	Der Trust im ‚Common Law‘	144
b)	Die kollisionsrechtliche Behandlung des Trust im Bereich des ‚Civil Law‘	145
c)	Die Treuhänderschaft (Trust) im liechtensteinischen materiellen Recht	147
4.	Die kollisionsrechtliche Anknüpfung der Treuhänderschaft	148
a)	Vergleich mit dem amerikanischen Kollisionsrecht	148
b)	Die Anknüpfung in den Ländern des ‚Civil Law‘	149
5.	Die Anknüpfung der Treuhänderschaft im liechtensteinischen IPR — Die Verweisung auf liechtensteinisches Recht — Art. 930 Abs. 1 PGR	152
a)	Die Kollisionsnorm des Art. 930 Abs. 1 PGR	152
b)	Die Anknüpfungsgründe nach Art. 930 Abs. 1 PGR	153
6.	Die Verweisung auf ausländisches Recht	155
7.	Treuhänderschaften nach ausländischem Recht — Art. 931 PGR	156
E.	Das Treuunternehmen (Die Geschäftstreuhand, Business Trust)	157
1.	Das Treuunternehmen im liechtensteinischen materiellen Recht — Art. 932a PGR	157

2. Die Verweisung des Treuunternehmens auf das liechtensteinische Recht — Art. 932 a § 170 Abs. 1 PGR	159
3. Die Verweisung auf ausländisches Recht	161
4. ‚Treuunternehmen nach ausländischem Recht‘ (Art. 932a § 170 Abs. 2 und 3 PGR) und ‚Bewilligte Treuunternehmen‘ (Art. 932a § 170 Abs. 4 PGR)	161

Dritter Teil

„STAATZUGEHÖRIGKEIT“ DER VERBANDSPERSONEN

I. Die „Staatszugehörigkeit“ im Privat- und Kollisionsrecht	163
II. Die Staatszugehörigkeit im öffentlichen Recht	166
III. Ergebnis	169

Vierter Teil

DIE ANERKENNUNG DER GESELLSCHAFTEN IM INTERNATIONALEN VERHÄLTNIS

I. Begriff und Bedeutungsgehalt der Anerkennung im allgemeinen	170
II. Anerkennung und kollisionsrechtliche Anknüpfung und Verweisung	173
III. Die Anerkennung ausländischer Gesellschaften im liechtensteinischen Recht	179
IV. Die Anerkennung der liechtensteinischen Gesellschaften im ausländischen Recht	183
A. Anknüpfung an den Verwaltungssitz und Fiktivität des statutarischen Sitzes	184
B. Fremdartigkeit des „Typs“ resp. der Gesellschaftsform	186
C. Die Einwände der Gesetzesumgehung und der ordre public-Widrigkeit	187
D. Wertung	188

Fünfter Teil

DIE ANKNÜPFUNG EINZELNER RECHTSVERHÄLTNISSE DER GESELLSCHAFT — DIE AUSNAHMEN VON DER ANWENDUNG DES GRUNDSTATUTS

I. Einleitung: Der variable Umfang des „anerkannten“ Grundstatuts, insbesondere bezüglich der Außenverhältnisse	191
II. Die Anknüpfung der Innenverhältnisse	192
A. Im allgemeinen	192
B. Die Entstehung der Gesellschaft	193
C. Die Mitgliedschaft	195
D. Die Haftung der Gesellschafter	197
E. Der organisatorische Aufbau der Gesellschaft	197

F. Die Auflösung der Gesellschaft	198
1. Die rechtliche Auflösung der Gesellschaft	199
2. Die „Auflösung“ des Gesellschaftssubstrats	200
III. Die Anknüpfung der Außenverhältnisse	205
A. Die an der Anknüpfung der Außenverhältnisse beteiligten Interessen	205
B. Allgemeine Grundsätze der Geltendmachung dieser Interessen	206
1. Die Inlandsbeziehung	207
2. Die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs in das Grundstatut — Verkehrsschutzprinzip und Differenzierung	208
3. Der Wirkungsbereich des Verkehrsschutzprinzips — Einseitigkeit oder Allseitigkeit der Verkehrsschutzbestimmungen	209
C. Die Außenverhältnisse der Gesellschaft nach materiellem Recht	212
D. Die zwei Richtungen der Sonderanknüpfung	213
IV. Die Anknüpfung der Außenverhältnisse der Gesellschaften im liechtensteinischen internationalen Gesellschaftsrecht — die ausnahmsweise Sonderanknüpfung	214
A. Die grundsätzliche Geltung des Grundstatuts für die Außenverhältnisse	214
B. Die Grenzen der grundsätzlichen Verweisung der Außenverhältnisse auf das Grundstatut — Art. 235 Abs. 3 und Abs. 6 PGR	216
1. Überblick und Vergleich der Normen	216
2. Art. 235 Abs. 3 PGR — Die Beschränkung der Rechtserwerbsfähigkeit und Rechtserwerbsmöglichkeit im Inland	219
a) Vergleich mit analogen Bestimmungen des ausländischen Rechts	219
b) Die aus dem liechtensteinischen Gesellschaftsrecht fließenden Beschränkungen des Rechtserwerbs	221
aa) Widerrechtlichkeit und Unsittlichkeit des Zwecks — Art. 107 Abs. 5 PGR	221
bb) Beschränkungen der gesellschaftsrechtlichen Rechtsfähigkeit	222
c) Die besonderen Rechtsfähigkeiten (special capacities) als eigentlicher Norminhalt des Art. 235 Abs. 3 PGR	224
aa) Die zwingenden Normen des allgemeinen Privatrechts	226
bb) Besondere Beschränkungen im Gesellschaftsrecht	227
cc) Handelsrechtliche Pflichten einer ausländischen Gesellschaft im Inland	227
dd) Beschränkungen im Bodenrecht	228
ee) Beschränkungen im Erb- und Schenkungsrecht	229
ff) Gewerberechtliche Beschränkungen	231
aaa) ‚Anerkennung‘ und ‚Zulassung zum Gewerbebetrieb‘	231
bbb) Der Anwendungsbereich des Gewerberechts — Gewerbebestimmungen im liechtensteinischen Recht	233
ccc) Anerkennung und Zulassung zum Gewerbebetrieb als Mittel des Verkehrsschutzes	236
gg) Die sogenannten „Privilegien“	237
hh) Fremdenrecht	238
ii) Die Sonderanknüpfung im Wirtschaftsrecht und im Recht der multinationalen Unternehmen	240
d) Die Beschränkung der Rechtserwerbsfähigkeit der Personengesellschaften und Treuhänderschaften — Art. 677 Abs. 2 und Art. 930 Abs. 2 PGR	245

3. Der Mindestumfang der privatrechtlichen Rechtsfähigkeit, Handlungsfähigkeit und Vertretungsmacht bei ausländischen Verbandspersonen in Liechtenstein — Art. 235 Abs. 6 PGR	246
a) Das Prinzip des Art. 235 Abs. 6 PGR	246
b) Die Sonderanknüpfung der Rechtsfähigkeit der Gesellschaft	249
aa) Anknüpfungsgegenstand und Problemstellung	249
bb) Verweisung der Rechtsfähigkeit ausländischer Verbandspersonen auf inländisches (liechtensteinisches) Recht	250
aaa) — für Gesellschaften <i>ohne</i> Rechtsfähigkeit	251
bbb) — für Gesellschaften mit umfangmäßig geringerer Rechtsfähigkeit	252
c) Die Sonderanknüpfung der Handlungsfähigkeit resp. der Vertretungsmacht der Gesellschaftsorgane und Mitglieder	253
aa) Die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft als Geschäftsfähigkeit und Vertretungsmacht der Organe im materiellen Recht Liechtensteins und des Auslandes	254
bb) Gründe für die Sonderanknüpfung der externen Vertretungsmacht	257
cc) Die Sonderanknüpfung der organschaftlichen Vertretungsmacht in Lehre und Rechtsprechung des Auslandes	258
dd) Die Sonderanknüpfung der Vertretungsmacht nach Art. 235 Abs. 6 PGR	264
ee) Rechtsfolgen des Überschreitens der Vertretungsmacht	267
4. Der Mindestumfang der Rechtsfähigkeit und der Vertretungsmacht bei den Gesellschaften ohne Persönlichkeit, den Treuhänderschaften und Treuunternehmen	268
5. Die Sonderanknüpfung der Haftung für die vertraglichen Gesellschaftsschulden	270
a) Die Haftung der Gesellschaft	270
b) Die Haftung der Gesellschafter	270
6. Die Verantwortlichkeit der Gesellschaftsorgane	273
7. Die Deliktsfähigkeit der Gesellschaften	275
8. Die Stellung des Einzelgläubigers einer Gesellschaft im internationalen Konzernverband	278
9. Die Partei- und Prozeßfähigkeit der Verbandspersonen und Gesellschaften	279
10. Persönlichkeitsrechte und Firmaschutz	283

Sechster Teil

ZUSAMMENFASSUNG UND ERGEBNIS	288
--	-----